

Heikle Vergabe bei Feuerwehr

In Baufirma für neues Magazin sitzt ein Laufner Stadtrat

Von Joël Hoffmann

Laufen. Die Stützpunktfeuerwehr Laufental erhält ein neues Magazin. Bauen darf das neue Feuerwehrmagazin die Müller Bau AG aus Laufen. Laut kantonaem Amtsbblatt kostet der Neubau rund 670 000 Franken. Speziell: Patrik Stähli ist nicht nur Geschäftsleitungsmitglied und Finanzchef der Müller Bau AG, er ist gleichzeitig Stadtrat in Laufen. Die Stadt ist eine Mitgliedsgemeinde der Stützpunktfeuerwehr.

Die Personalie wirkt auf den ersten Blick heikel. Auf den zweiten Blick scheint die Vergabe an die Müller AG unproblematisch. Die Feuerwehr ist als Zweckverband eine eigene Rechtsperson, obwohl die Feuerwehrkommission aus Vertretern der Mitgliedsgemeinden zusammengesetzt ist. Für Laufen ist das Stadträtin Juliana Nufer. Beschlüsse der Feuerwehrkommission werden nicht im Stadtrat besprochen, sofern die Geschäfte das Budget des Verbunds nicht überschreiten.

Doch für den Neubau hat die Laufner Gemeindeversammlung einen Investitionskredit gesprochen. Dies war bereits im Juni 2011. Dieses Geschäft wurde vorab im Stadtrat behandelt. Doch damals war Stähli noch nicht Stadtratsmitglied. Er wurde erst im März 2013 in das Gremium gewählt und konnte folglich keine Wettbewerbsvorteile für die Vergabe an die Müller Bau AG ergattern.

Nachrichten

Autolenkerin bei Kollision mit Reh verletzt

Münchenstein. In der Nacht auf Freitag hat auf der Autobahn A18 bei Münchenstein eine Automobilistin ein Reh überfahren. Die 38-jährige Lenkerin des Personenwagens erlitt bei der Kollision leichte Verletzungen, das Tier verendete. Wie die Polizei mitteilt, hätten kurz vor der Kollision mehrere Autofahrer gemeldet, dass sich zwischen Reinach Nord und Muttenz zwei Rehe auf der Strasse befänden.

Kritik an Regierung wegen Südumfahrung

Allschwil. Die Befürwortung der Baselbieter Regierung einer Umfahrung Allschwils stösst der «IG Südumfahrung Nein» sauer auf. Denn dabei handle es sich um das westliche Teilstück einer Südumfahrung. Dies, obwohl die Elba-Vernehmlassung noch bis Ende Juni laufe und ein Ausgang zugunsten der Südumfahrung unwahrscheinlich sei, schreibt die IG. Der VCS ortet «Salami-Taktik»: Mit dem Vollanschluss Aesch und der Umfahrung von Allschwil seien die Andockstellen für die Südumfahrung gesichert.

Reinach schreibt schwarze Zahlen

Reinach. Die Rechnung der Gemeinde Reinach 2013 schliesst mit einem Überschuss von 2,3 Millionen Franken. Budgetiert war ein Plus von 0,1 Millionen. Die Verbesserung begründet die Gemeinde in einer Mitteilung mit gestiegenen Steuereinnahmen bei den juristischen Personen (+1,8 Millionen Franken) und «einem sehr guten Kostenmanagement». Auf der Aufwandseite habe man eine Punktlandung geschafft: Die Ausgaben von 81,3 Millionen entsprächen dem Budget.

Jugendrat hofft auf Schulfach Staatskunde

Liestal. Der Jugendrat Baselland ist zufrieden mit dem Landrat. Dieser hat an seiner letzten Sitzung ein Postulat überwiesen, das verlangt, die Einführung des Schulfachs Staatskunde an der Sekundarstufe II zu prüfen. Den Vorstoss hatte 2013 Martin Rüegg (SP) auf das Engagement des Jugendrats hin eingereicht, wie es in einer Mitteilung heisst. Der Jugendrat bemühe sich seit Jahren um die Einführung der Staatskunde als Schulfach.



Am liebsten gleich loswandern. Andreas Fischer, Dominique Oppler und Tobias Eggimann (v.l.) studieren auf der Sissacher Fluh die Panorama-Karte, die dem druckfrischen Buch «Ausflug in die Vergangenheit» beigelegt ist. Foto Pino Covino

Archäologische Schätze des Kantons

Neues Buch lädt zur geschichtlichen Entdeckungsreise ein

Von Julian Eicke

Sissach. Der Kanton Baselland soll reich sein? Wenn es nach Archäologe Andreas Fischer geht, dann ja! Reich an archäologischen Funden. Alleine auf dem Gebiet der Gemeinde Sissach sind rund 120 solcher Fundstellen dokumentiert. Auch deshalb waren Fischer und seine Kollegen der Abteilung Archäologie Baselland hell begeistert, als Dominique Oppler mit der Idee auf sie zukam, ein Buch zu gestalten, das die historischen Schätze des Kantons in einer anschaulichen und auch für Laien attraktiven Form präsentiert.

Finanziell konnte man seitens des Kantons zwar nicht in die Bresche springen, dafür dem Verleger und Herausgeber umso mehr mit Fachwissen und per-

sönlichem Engagement zur Hand gehen. Und so ist gemeinsam mit Baselland Tourismus das Buch «Ausflug in die Vergangenheit – archäologische Streifzüge durchs Baselland» entstanden. Es ist hochwertig aufgemacht und lädt mit seinen vielen bunten Illustrationen geradezu dazu ein, die Schätze der Region hautnah und aktiv zu erleben.

Denn im Buch ist nicht nur deren Geschichte beschrieben. In dessen zweitem Teil sind mit Liebe zum Detail 19 Wanderrouten zusammengestellt worden, die den Leser zu den unterschiedlichsten Sehenswürdigkeiten führen. Deshalb erhält man zum Buch auch eine Vogelschaukarte von Baselland Tourismus, auf der die einzelnen Wanderungen eingezeichnet und nochmals kurz kommentiert sind. Und als

«Zückerli» für alle Technikbegeisterten: Da das Buch doch ein wenig zu gross für leichtes Wandergepäck ist, kann man sich gratis eine App herunterladen, die einen GPS-gesteuert zu den Fundstellen im Kanton führt und audiovisuell Wissenswertes gleich an Ort und Stelle kommentiert.

Vom Neandertaler zur Raststätte

«Dieses Buch ist für uns so etwas wie der Fünfer und das Weggli», meint daher auch Andreas Fischer. «Mit unseren eigenen bescheidenen Mitteln hätten wir es nicht herausbringen können, so aber durften auch wir mitarbeiten und mitschreiben.» Initiant Dominique Oppler war früher lange Jahre in der Medienbranche tätig, ehe er ein Archäologiestudium aufnahm. Ein Be-

kannter aus seinem früheren Berufsleben habe ihm geraten, er solle doch als Sprachrohr der Archäologie fungieren. So sei die Idee entstanden, ein Buch zu erarbeiten, das nicht hochwissenschaftlich daherkommt, aber den Menschen die Faszination an der Archäologie und deren Bedeutung näher bringen soll. Auf den Wanderungen wird man denn auch durch unterschiedlichste Kulturen geführt, vom Neandertaler bis zur modernen Autobahnraststätte Pratteln.

Das Buch erscheint beim Librum-Verlag in Hochwald und ist samt Karte für 35 Franken erhältlich. Und es scheint gut anzukommen beim Zielpublikum: Noch während der Präsentation auf der Sissacher Fluh haben neugierige Ausflügler die ersten Exemplare erstanden.

Neue Schulorganisation für Füllinsdorf

Gegner reichen wegen Propaganda Beschwerde ein

Von Tobias Gfeller

Füllinsdorf. Künftig werden die Füllinsdorfer Kindergarten- und Primarschulkinder nicht mehr nach Wohnlage in die beiden Schulhäuser Dorf und Schönthal eingeteilt, sondern nach ihrem Alter. Kindergärtner und Primarschüler bis zur zweiten Klasse werden die Schulanlage Dorf besuchen, die Älteren von der dritten bis zur sechsten Primarstufe ab dem Schuljahr 2015/2016 das Schönthal-Schulhaus.

Es war schlussendlich ein klarer Entscheid für die Neuorganisation und gegen die aktuelle Situation mit der Aufteilung nach Quartieren, für die sich eine Interessengemeinschaft stark gemacht hatte. Die Frage lautete am Ende, ob sich eine Mehrheit für einen Kompromissantrag aus dem Publikum finden lässt, der für Kindergärtner weiterhin eine Einteilung nach Wohnlage vorsah, oder ob die komplette Neuorganisation gewünscht wird. Die sehr gut besuchte Gemeindeversammlung entschied sich mit 139 gegen 122 Stimmen für die komplette Neuausrichtung und gegen eine Zwischenlösung.

Flyer an Kinder verteilt

Das Prozedere sah vor, zuerst über die Änderungsanträge, zu denen auch die Kompromisse gehörten, abstimmen zu lassen. Dass die IG für starke Quartierschulen mit dem Antrag auf status quo so früh und klar scheiterte, überraschte viele. IG-Sprecher Sascha Makivic war mächtig sauer. «Das ist ein höchst bedenklicher Tag. Dass die Mo-

bilisierung über die Kinder und Gremien lief, ist nicht akzeptabel.» Makivic ärgerte sich über die Verteilung von Flyern der Schulen an Kinder, die sie zu Hause abzugeben hatten. Ob die IG das Referendum ergreift, liess er nach der Abstimmung offen. Eine Beschwerde beim Regierungsrat für diese «Propaganda» hat die Interessengemeinschaft schon eingereicht.

Lange Schulwege in der Kritik

Die IG sorgte mit einer Petition mit 350 Unterschriften überhaupt für die Abstimmung über die Neuorganisation. Der Schulrat und die Schulleitung zielten mit der Neueinteilung auf eine bessere Durchmischung der Kinder und damit auch eine bessere Integration. Denn in Füllinsdorf ist die Verteilung der Kinder vom Hügel im Schulhaus Dorf und den übrigen – viele davon mit Migrationshintergrund – im Schönthal teilweise extrem. Gemeinderätin Karin Thommen hob auch die bessere Zusammenarbeit innerhalb der Schulstufen hervor, wenn diese im gleichen Schulhaus unterrichtet würden. Die IG kritisierte die längeren Schulwege.

Unübersichtlich wurde die Diskussion über die Finanzen. Sascha Makivic operierte laut Gemeinderat mit alten Zahlen, wonach die Investitionen für die Neuorganisation um rund 26 Millionen Franken höher wären als für die Ausgaben bei der Beibehaltung der aktuellen Situation. Der Gemeinderat sprach von keinen Mehrkosten für die Infrastruktur, die ohne die Neuorganisation nicht auch anfallen würden.

Milde Urteile für Hanfanpflanzer

Drogendealer haben ihre Strafen bereits in der U-Haft abgesessen

Von Jonas Hoskyn

Liestal. Die beiden Männer, die über Jahre hinweg mit über einem Dutzend Indoor-Plantagen Marihuana im Wert von schätzungsweise über zwei Millionen Franken angebaut und verkauft haben (die BaZ berichtete), kommen mit einem blauen Auge davon. Zwar wurden beide gestern vom Strafgericht zu unbedingten Haftstrafen verurteilt. Doch haben sie diese durch die lange Untersuchungshaft bereits abgesessen.

Der Organisator des Duos im Fall «Krypto», wie die Ermittler die Bande wegen ihren verschlüsselten Handys nannten, wurde zu einer dreijährigen Haftstrafe verurteilt, davon neun Monate unbedingte. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass er der Kopf hinter den Aktionen war. So hatte er unter anderem die Scheinfirma betrieben, mit welcher die Drogendeals verdeckt werden sollten. Der Mann hat sich mittlerweile von der Hanfzene losgesagt. Er lebt im Bündnerland und hat sich seit seiner Entlassung aus der Untersuchungshaft vor sieben Jahren nichts mehr zuschulden kommen lassen. «Eine teilbedingte Strafe ist bei Ihnen das einzig Sinnvolle», sagte der Gerichtspräsident.

Mehrere Vorwürfe nicht bewiesen

Anders beim Komplizen: Der 34-Jährige sitzt seit vergangem Mai bereits wieder wegen Verdachts auf Hanfanbau in Untersuchungshaft. Eine gute Prognose konnte ihm nicht gestellt werden. Allerdings hat er zwischen der Tatzeit und dem Prozess bereits eine längere Haftstrafe in Deutschland wegen Drogendelikten abgesessen. Diese musste aufgrund der sogenannten retrospektiven Konkurrenz vom Baselbie-

ter Gericht bei der Strafzumessung berücksichtigt werden. Auch die lange Verfahrensdauer hatte eine Straferleichterung zur Folge. Letztlich erhielt er noch eine unbedingte Freiheitsstrafe von 18 Monaten. Das Absurde: Seine Haft dauerte über einen Monat länger. Eigentlich hätte er also sogar Anspruch auf eine Entschädigung von 200 Franken pro Tag. Der Betrag wird aber mit den Verfahrenskosten verrechnet.

Die Staatsanwaltschaft hatte für beide Beteiligten mehrjährige Haftstrafen verlangt. Allerdings kam das Gericht in mehreren Punkten zu einem Freispruch aus Mangel an Beweisen. So etwa beim Vorwurf, die beiden Männer hätten insgesamt 600 Kilogramm Marihuana aus Holland in die Schweiz geschmuggelt und hier weiterverkauft.

Kritik an der Staatsanwaltschaft

Auch sonst war Strafgerichtspräsident Daniel Seiler nicht sonderlich glücklich mit der Arbeit der Ermittler der Abteilung Organisierte Kriminalität. So habe der Staatsanwalt, der im umfangreichen Fall Krypto eine ganze Reihe an Anklagen verfasste, dem Gericht einfach 90 Bundesordner mit Akten geschickt mit dem Hinweis, dieses solle sich jeweils die für die verschiedenen Fälle relevanten Stellen selber herausuchen. Nur weil andernfalls Verjährung drohte, habe er den Prozess unter diesen Umständen durchgeführt, sagte Seiler. «Das nächste Mal geht dies gleich zurück an den Absender.» Auch seien die Anträge der Staatsanwaltschaft völlig überhöht gewesen. Auch der Anklage hätte klar sein müssen, dass die Strafen nie über fünf Jahren liegen würden, so der Richter: «Dafür hätten wir kein Fünfergericht benötigt.»